



# Wartburg-Kurier

Johannistag 2021

## Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

die zweite Ausgabe unseres Wartburg-Kuriers erscheint traditionell alljährlich um den Johannistag herum. Der 24. Juni ist der Geburtstag Johannes des Täufers und damit das Pendant zum Weihnachtsfest, der diesem genau um ein halbes Jahr vorausläuft – so wie Johannes Christus vorausgegangen ist und ihn ankündigte. Der Johannistag markiert die Mitte des Kirchenjahres. In der ersten Hälfte werden wir durch kirchliche Feste in rascher Folge in Atem gehalten: Epiphania, Fastenzeit, Jesu Tod am Karfreitag, Auferstehung an Ostern, Himmelfahrt und Ausgießen des Heiligen Geistes.

Das zweite halbe Jahr verläuft dagegen ruhiger. Die Sonntage nach dem Trinitatis-Sonntag werden durchnummeriert und zählen regelmäßig mehr als zwanzig. Danach beginnt

mit der Adventszeit das neue Kirchenjahr. Sie ist die Vorbereitungszeit für das nächste Weihnachtsfest. **In den Nach-Trinitatis-Wochen erleben wir Sommer und Herbst, Wachsen und Ernte eines jeden Jahres und die Christusgeschichte tritt für viele erst einmal in den Hintergrund. Lange Sommer- und Herbstabende sind eine gute Zeit über die Bedeutung der biblischen Erzählungen, des Glaubens und unserer Kirche für das eigene Leben nachzudenken. Und dabei auch unser Miteinander in den Blick zu nehmen auf einem enger werdenden Globus.**



Ca. 7,8 Milliarden Menschen leben heute auf der Welt. Jeder Fleck ist von jedem anderen innerhalb eines Tages erreichbar. Es gibt kaum unbekannte Orte mehr. Die Menschen aber sind immer noch sehr verschiedenen hinsichtlich ihrer Erfahrungen, Denkgewohnheiten, Sitten und Bräuche und ihrer Glaubensüberzeugungen. Obwohl wir so dicht beieinander wohnen, sind wir uns in vielerlei Hinsicht fremd, verstehen einander nicht und fürchten uns voreinander. Da ist Nähe oft gefährlich, denn es entstehen immer von Neuem Konflikte, gewalttätige Auseinandersetzungen, die Menschen

das Leben kosten. Unsere Welt ist trotz aller Modernität nicht friedvoller geworden, im Kleinen wie im Großen. Der Heilige Geist hat noch viel zu wirken.

Die Sehnsucht nach Frieden ist bei fast allen Menschen groß. In Erfüllung geht sie trotzdem nicht. Das gilt auch für uns in Deutschland. Seit eineinhalb Jahren hält uns eine weltweite Seuche in ihrem Bann: Covid 19. Grundsätzlich gibt es inzwischen verschiedene Möglichkeiten sich zu schützen. Dieser Schutz ist nicht sofort und für alle erreichbar. Verteilungskämpfe sind die Folge, denen staatliche Gewalt wenig entgegenzusetzen hat. Im Nahen Osten ist nach massiven Raketenangriffen der Terror-Organisation HAMAS der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern wieder offen ausgebrochen. Das schürt antisemitische Ressentiments, ja offene Hass-Attacken gegen jüdische Mitbürger und jüdische Einrichtungen auch bei uns, denen die Ordnungsmacht des Staates oft hilflos gegenübersteht. „Du Jude!“ ist eines der häufigsten Schimpfworte auf deutschen Schulhöfen. Wir alle sind in der Pflicht, diese Eskalationen einzudämmen, Hassreden und andere Übergriffe zu unterbinden.

**Im Herbst wählen wir einen neuen Bundestag und wohl auch einen neuen Landtag. Die Programme der politischen Parteien setzen**

## Inhalt dieser Ausgabe:

Ob man die Kirche braucht. Eine Ermutigung. .... 2	Das "C" im Namen unserer Partei ist nicht
Als Theologe im Deutschen Ethikrat ..... 3	bloß schmückendes Beiwerk ..... 8
Wir über uns ..... 4	Ein Blick auf Israel in diesen Tagen ..... 9
Wertebasiert und digital mobil –	Das Bekenntnis zum Existenzrecht
53. EAK-Bundestagung – ich war dabei ..... 5	des Staates Israel ..... 10
Wir über uns ..... 7	Die Grenzen des Planeten..... 12

(Fortsetzung von Seite 1)

**unterschiedliche Schwerpunkte, in einem sind sich aber die meisten einig: wir werden den CO2-Ausstoß deutlich reduzieren müssen.** Der umweltpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Thomas Gottweiss, beschreibt in seinem Beitrag das jahrzehntelange Bemühen der Union in Bund und Land konkrete Reduktionsschritte einzuleiten. Fast alles, was bisher international erreicht wurde, verdankt sich nicht zuletzt dem beherzten Voranschreiten der Union. Es ist uns ein Herzensanliegen, die Le-

bensgrundlagen künftiger Generationen auf unserer Erde nicht zu beschneiden. Das wird angesichts anhaltenden Bevölkerungswachstums nicht allein durch Regulierungen unseres Lebens zu machen sein. Wir brauchen kühne Visionen für ein Zusammenleben aller Menschen unter neuen, heute noch ungeahnten Rahmenbedingungen, die menschlicher Forschergeist und technischer Fortschritt ermöglichen werden. Seit Jahrtausenden findet die Menschheit Antworten auf existentielle Herausforderungen. Ich bin davon überzeugt, dass dies auch künftig gelingen wird. Wenn wir unsere Zukunft mit Mut, Tatkraft und

der Gewissheit gestalten, dass Gott auf der Seite der Menschheit steht, wird sich die positive Linie unserer Entwicklung auch in Zukunft fortsetzen.

**Wir haben uns durch ein Virus nicht unterkriegen lassen, wir behalten einen kühlen Kopf und klaren Verstand auch bei kommenden Problemen – und die werden kommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer, gute Gesundheit und immer den Segen unseres Herrn**

Ihr  
Prof. Dr. Jens Goebel

## Ob man die Kirche braucht. Eine Ermutigung.<sup>1</sup>

„Mal ehrlich: Wer braucht noch die Kirche?“, werde ich gefragt.

von Dr. Gregor Heidbrink, Superintendent des Kirchenkreises Apolda-Buttstädt



Dr. Gregor Heidbrink

**Obwohl das kumpelhafte „mal ehrlich“ dazu verführt, sich im gemeinsamen Jammer über den Zustand der Kirche stumm zuzuprosten, will ich eine Antwort versuchen. Sie umfasst theologische und politische Aspekte. Ich führe die Antwort**

**mit Verweis auf eine der wichtigsten Schriften Martin Luthers: „Von der Freiheit eines Christenmenschen.“ Diese Schrift zeigt den Christenmenschen in einem Spannungsfeld.**

An den Anfang stellt Luther zwei widersprüchliche Sätze:

- Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan.
- Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.

Die Kirche steht in diesem Spannungsfeld.

### Die theologische Antwort

**Wie also die Kirche Ihren Fortbestand rechtfertigt? Nun, eine Kirche, die sich selbst rechtfertigt, hört im selben Moment auf, Kirche zu sein.** Rechtfertigung ist nicht unsere Gehaltsklasse; das macht Gott für uns. Entsprechend lebt die Kirche in einer göttlichen Berufung. Sie breitet Gottes Reich aus mit Taten der Liebe. Sie vermittelt Heil nach Gottes Willen durch Wort und Sakrament. Als Leib Christi gehört sie einer höheren Sphäre an, so dass die hier sichtbare Kirche stets nur die

<sup>1</sup> Norbert Böhnke, zum 50. Geburtstag gewidmet.

Spitze des Eisbergs ist. Im Himmel wird Gott für alle Ewigkeit gepriesen von einer unübersehbaren Zahl an Menschen aller Zeiten und Völker. Gott braucht die Kirche, weil Gott sich entschieden hat, sie zu brauchen. Weltlichen Nützlichkeitsabwägungen ist sie damit entzogen. Die Kirche ist die freie Herrin über alle Dinge und niemandem untertan.

## Die politische Antwort

**Dennoch: Die theologische Antwort ist die Antwort, die den wenigsten Zeitgenossen einleuchten dürfte. Zugleich ist sie nicht unbedingt der Grund, warum Menschen ihre Kirchenmitgliedschaft aufrechterhalten.** Nur zwei von drei Protestanten geben an, an Gott zu glauben.<sup>2</sup> Die theologische Antwort taugt auch nicht für Fördermittelanträge der Kirchengemeinden, wenn Staatsknete eingeworben werden soll. Da muss man schon etwas mit Kultur, Tradition oder Naturschutz anführen. Daraus folgt, dass es andere Gründe gibt, den Fortbestand der Kirche zu wollen.

Das respektabelste politische Argument ist der Verweis auf die Rolle der Kirche als gesellschaftlich wirksame Institution. Vertreter staatlicher Organe oder politischer Parteien vergessen manchmal, dass zum gesunden Staatswesen mehr gehört als die Aufrechterhaltung staatlicher Organe oder politischer Parteien. Es ist immer ein bisschen ermüdend, wenn man selbst Politikern der CDU erklären muss, warum eine gemeinnützige Trägerschaft für soziale Einrichtungen nicht einfach Privatisierung bedeutet. Denn die gemeinnützigen Träger übernehmen nicht Arbeit vom Staat, noch müssen sie dankbar sein, dass der

Staat ihnen Arbeit verschafft, sondern: sie sind Staat. Sie sind es in Verbindung mit anderen Institutionen und Einrichtungen, in denen die Bürger ihre Mitwirkung am Gemeinwesen verwirklichen. Bürger, die sich in (Wohlfahrts-)Verbänden oder eben Kirchen engagieren, erhalten und entwickeln unseren Staat; sie handeln darin gemäß ihrer politischen Verantwortung. Menschen verfolgen darin das Interesse, dass ihre Werte überzeugend vermittelt und dargestellt werden. Eltern finden es nützlich, wenn ihren Kindern ihre Werte vermittelt werden. Ohne entsprechende Körperschaften würde der Mensch vereinzeln, er würde zum Spielball von größeren Mächten; bloß ein stimmloses Gegenüber zu den Zentralen der Macht. Entsprechend wäre die Absicht, den Glauben allein zu leben, ohne Kirche, eine Absage an die christliche Prägung unseres Gemeinwesens und damit eine geistliche Verirrung (vermutlich wäre es auch unpatriotisch, aber das soll uns nicht kümmern). Dass Kirche als Agentur für Werte, für Wohlfahrt und Menschenwürde gebraucht wird und als wirksam empfunden wird, beweisen die vielen Nichtgläubigen, die ihr angehören. Wenn uns als Gläubigen ein Zweifel kommt, ob die Kirche noch Sinn ergibt, sollten wir uns die Nichtgläubigen zum Vorbild nehmen.

## Warum die politische Antwort auch eine theologische ist

**Nun stehen sich aber die Nützlichkeitsprüfung und die theologische Begründung gegenüber. Die Religionskritik klatscht sich froh auf die Schenkel: „Habe ich es doch gewusst: Religion dient immer einem menschlichen Zweckel!“ Und wer**

**mit besonderem Ernst Christ sein will, fragt, ob es Not tue, sich in weltliche Strukturen und Argumentationen zu verstricken, wo es doch im Kern um die Freude am Herrn gehe. Warum so viele uneigentliche Dinge betonen? Wenn an einer Institution festzuhalten wäre, so müsste die gegenwärtige einer Rosskur unterworfen werden!**

Hier hilft Dr. Luther. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan. Dem entspricht der Satz: Die Kirche ist eine dienstbare Magd aller Dinge und jedermann untertan.

Aus diesem zweiten Satz zur Freiheit eines Christenmenschen folgt die Taufe des politischen Arguments. Die Magd mag missbraucht werden, ihr Dienst mag korrumpiert werden. Sie macht sich schmutzig. So ist es häufig geschehen. Aber was hilft? So wie ein Körper verschiedene Funktionen erfüllen muss, damit er am Leben bleibt, so auch die Kirche. Und natürlich: so wie man unter dem eigenen fortschreitenden Altern und den nachlassenden körperlichen Kräften leidet, so leidet man als Glied der Kirche an manchem Gebrechen.

Christus in seinem weltlichen Leib muss aber politische Funktionen aufrechterhalten, genau wie soziale und kulturelle. Gottes Gemeinschaft mit uns Menschen ist eine echte, keine bloß scheinbare, vergeistigte oder künftige. Drum gehts nicht ohne sichtbare Kirche. Weil der weltliche Leib dem geistlichen dient, können wir für die uneigentlichen Dinge eintreten, obwohl wir wissen – und es kränkt uns –, dass das, was uns geistlich am wichtigsten ist, noch nicht von allen gesehen wird. Bis es so weit ist, tauft das Eigentliche das Uneigentliche.

<sup>2</sup>[www.evangelisch.de/inhalte/155966/20-04-2019/umfrage-viele-christen-glauben-nicht-gott](http://www.evangelisch.de/inhalte/155966/20-04-2019/umfrage-viele-christen-glauben-nicht-gott)

Die Magd muss Menschen aus Seenot retten, auch wenn es nicht ihre eigentliche Aufgabe ist. Sie muss gegen Rechtsextremismus kämpfen, weil sie die Geschichte kennt; auch ihre eigene. Die Magd hat nicht einmal einen Bildungsauftrag diesseits von Mission und Katechese. Aber es gibt einen Bildungsauftrag, der aus der Schöpfung abzuleiten ist und der somit der Kirche gilt, wie allen

anderen. Innerhalb dieses Bildungsauftrags versucht die Magd durch Liebe und pädagogische Exzellenz die Hinwendung Christi zu den Kindern nachzuahmen und unterhält deswegen Schulen. Die Kirche bleibt Kirche, solange das Eigentliche die kritische Kraft besitzt, das Uneigentliche auf Kurs zu halten oder wieder zu bringen.

**Das macht es zu unser aller Mission, öffentlich für die Institution Kirche und ihren Wert einzutreten. Wir müssen das Blatt ausspielen, das uns gegeben ist. Denn wir wissen, dass wir zwar nicht von der Welt sind, aber in der Welt leben. Wir wissen, dass es nötig ist, allen alles zu werden, um einige zu retten (1. Kor 9).**

## Als Theologe im Deutschen Ethikrat

von Prof. Dr. Martin Hein, Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck von 2000 bis 2019

**Orientierungsfragen sind in den vergangenen Jahren stark ins Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten und oft heftig diskutiert worden. Angesichts der Vielfalt weltanschaulicher Positionen ist das nicht verwunderlich. Aktuell lässt sich das an der – infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts – wieder aufgeflamten Diskussion um den „assistierten Suizid“ ablesen. Oft steht nicht von vornherein fest, welche späteren Entscheidungen des Gesetzgebers, die weitreichende gesellschaftliche Bedeutung haben, sich auch moralisch rechtfertigen lassen. Es braucht vor einer Entscheidungsfindung die ethisch reflektierte Abwägung. Die Politik ist gut beraten, sich kompetent beraten zu lassen.**

Vor diesem Hintergrund sind seit Beginn der 1980er Jahre weltweit nationale Ethikkommissionen geschaffen worden, die die Legislative und/oder Exekutive bei grundsätzlichen Entscheidungen sachkundig machen und die Öffentlichkeit in den Diskurs einbeziehen sollen. In Deutschland hat diese Aufgabe der Deutsche Ethikrat, der 2008 – aufgrund des ein Jahr zuvor verabschiedeten Ethikratgesetzes (EthRG) – ins Leben gerufen wurde. Er ist keine freie, unverbindliche Assoziation, sondern seine Mitglieder werden je zur Hälfte von Bundesregierung und

Bundestag vorgeschlagen und vom Bundestagspräsidenten berufen.



Bischof i.R. Prof. Dr. Martin Hein (Foto: schauderna/medio.tv)

Die Erwartungen an den Deutschen Ethikrat sind laut Ethikratgesetz klar umrissen: „Der Deutsche Ethikrat verfolgt die ethischen, gesellschaftlichen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und rechtlichen Fragen sowie die voraussichtlichen Folgen für Individuum und Gesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Forschung und den Entwicklungen insbesondere auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften und ihrer Anwendung auf den Menschen ergeben.“ Er nimmt also nicht zu allen denkbaren gesellschaftspolitischen Streitpunkten Stellung, sondern hat eine zugleich begrenzte wie darin umfassende Aufgabenstellung.

**Um die Pluralität der wissenschaftlichen Disziplinen und die unterschiedlichen Positionierungen abzubilden, sollen Personen berufen**

**werden, „die naturwissenschaftlichen, medizinischen, theologischen, philosophischen, ethischen, sozialen, ökonomischen und rechtlichen Belange in besonderer Weise repräsentieren“. Sie sind nicht weisungsgebunden, sondern „üben ihr Amt persönlich und unabhängig aus“.**

Unter den Disziplinen, die das Gesetz aufführt, wird explizit auch die Theologie genannt – wobei nicht zwischen christlicher, jüdischer oder islamischer Theologie unterschieden wird. Aus Sicht christlicher Theologie ist es naheliegend und gerechtfertigt, ihre Expertise bei gesellschaftlich brennenden Fragestellungen einzubeziehen, wirken doch die Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht unwesentlich auf die lebensmäßige Orientierung ihrer Gläubigen ein.

**Deutlich muss allerdings betont werden: Es gibt für Kirchen und Religionsgemeinschaften keinerlei Privilegierung! Sie müssen sich in Gestalt von Theologie, also der reflektierten Weise des Umgangs mit der eigenen religiösen Tradition, in die Polyphonie der wissenschaftlich-ethischen Diskussionen hineinbegeben.** Und sie können nur zu Gehör kommen und überzeugen, wenn sie dies vermittelt der Theologie auf einem Niveau tun, das von anderen als ebenbürtig angesehen wird.

**Christliche Ethik will keine Spezialethik nur für Christinnen und Christen sein, sondern glaubt auch all jenen verlässliche Orientierung geben zu können, die die Voraussetzungen des christlichen Glaubens nicht teilen. Sie ist auf Verallgemeinerungsfähigkeit und Überzeugungskraft der Argumente angelegt – ganz dem reformatorischen Grundsatz gemäß: „Sine vi, sed verbo“ („Nicht durch Gewalt, sondern durch das Wort“).** Bei der Mitarbeit im Ethikrat begeben sich Theologinnen und Theologen also nicht auf ein „fremdes“, sondern ein bewusst gewolltes Terrain der Bewährung. Und eine aus der eigenen religiösen Überzeugung abgeleitete Position verhindert nicht den Diskurs, sondern ermöglicht ihn, sofern die Voraussetzungen offen benannt werden. Denn auch andere Positionen haben ihre Voraussetzungen und sind ihrerseits „voreingenommen“.

Nun wird man konzedieren müssen, dass innerhalb der evangelischen

wie der katholischen Theologie bestimmte Fragen höchst umstritten diskutiert und keineswegs einhellig beantwortet werden: Eingriffe in die Keimbahn, verbrauchende Embryonenforschung und assistierter Suizid sind dafür nur drei Beispiele. Pluralität herrscht auch in der Theologie selbst! Das ist so, bedeutet aber keine Relativierung der eigenen Einsichten, sondern zwingt zu präzisen Begründungen, die ihrerseits hinterfragt werden können.

## Deutscher Ethikrat



Wer sich in den Debatten des Ethikrats auf diese Voraussetzung einlässt, gewinnt Beachtung. Am Ende der Urteilsbildung wird es stets darum gehen zu fragen, ob man von der eigenen, theologisch durchdachten Überzeugung aus einer gemeinsam erarbeiteten Stellungnahme mittragen kann – oder sich zu einem Sondervotum entschließt.

Diese Möglichkeit besteht, obwohl sie nach langen Diskussionen am Text einer Stellungnahme eher die Ausnahme bildet.

**Der Deutsche Ethikrat kann und will keine „Super-Moral-Instanz“ sein, sondern setzt auf Argumente und Wahrnehmung von Verantwortung. Er ersetzt auch nicht die Entscheidungsfindungen der Politik, aber trägt mit guten Gründen dazu bei. In diesem Sinn erweist sich Theologie durch ihren Beitrag zur Mitgestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens als ausgesprochen lebensdienlich: als eine Stimme unter vielen – aber ernsthaft bei der Sache und ernstgenommen in ihren Argumenten.**

Prof. Dr. Martin Hein (67) war von 2000 bis 2019 Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und von 2014 bis 2018 Mitglied im Deutschen Ethikrat. Weiteres zur Person unter [www.martin-hein.de](http://www.martin-hein.de).



## Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten die 1989/90 neu gewonnene Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbstes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

## Wertebasiert und digital mobil

### 53. EAK-Bundestagung – ich war dabei

von Christine Lieberknecht, Ministerpräsidentin a.D. und stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises



Christine Lieberknecht

**„Das C bleibt Grundlage und Kompass unserer Politik“ – unter diesem Motto fand am 12. Mai 2021 turnusgemäß die 53. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises von CDU und CSU statt. Und genau diese klare Positionierung des Evangelischen Arbeitskreises wollte unserer Bundesvorsitzender Thomas Rachel den Delegierten und üblicherweise zahlreichen Gästen aus Kirche, Politik und Gesellschaft auf der geplanten EAK-Bundestagung zu Beginn des 3. Ökumenischen Kirchentags in Frankfurt/Main zurufen.**

Bereits unmittelbar nach der 52. EAK-Bundestagung im Juli 2019 in Dortmund hatten wir uns im EAK-Bundesvorstand über eine bestmögliche Präsenz des EAK auf dem Frankfurter Ökumenischen Kirchentag 2021 Gedanken gemacht. Mit großer Zustimmung dankten wir Bundesgeschäftsführer Christian Meißner und seinem Team, dass ihm die Buchung von Räumlichkeiten im bekannten und mit viel Charme versehenen historischen „Palais Frankfurt“ für unsere Tagung samt EAK-Kirchentags-empfang noch im Jahr 2019 gelungen war. Doch dann kam Corona.

Wie die gesamte CDU-Bundespartei und sämtliche Organisationen im Land war auch der Evangelische Arbeitskreis im Laufe des Jahres 2020 gezwungen, seine Arbeit auf allen

Ebenen der Vorstände, der Kommunikation mit den Mitgliedern bis hin zur Durchführung von Veranstaltungen komplett auf eine neue digitale Basis zu stellen. Doch noch gab es zu diesem Zeitpunkt Hoffnung, dass 2021 wieder normale Verhältnisse im Land einkehren würden. Bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt.

Schließlich wurde auch für den EAK die Entscheidung unumgänglich: Die für den 12. Mai geplante 53. EAK-Bundestagung findet digital statt. Es wird eine digitale Bundesdelegiertenkonferenz mit anschließender Briefwahl eines neuen Bundesvorstandes sowie das traditionelle Theologische Gespräch mit Podiumsteilnehmern aus Kirche und Politik geben.

Nun liefen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Neben der inhaltlichen Ausrichtung, für die die EAK-Grundsatzkommission unter Leitung unseres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dieter Hackler und dem Vorstandsmitglied Professor Dr. Wolfgang Merbach schon gute Vorarbeit geleistet hatte, mussten sämtliche technische Voraussetzungen samt ansprechendem Design für LED-Rückwand, digitaler Kandidatenpräsentation für die Vorstandswahlen, geeignetem Moderations-Equipment und notwendigem Technikcheck mit Referenten und Delegierten organisiert werden. Das war viel Arbeit mit mancher Aufregung im „back-office“. Am Ende funktionierte alles wunderbar, und das sogar mit bleibendem Wert bzw. digitalem Zugriff im Netz für alle, die die Bundestagung nachträglich noch sehen wollen: <https://www.eak-cducsu.de/artikel/aufzeichnung-der-digitalen-53-eak-bundestagung-mittwoch-12-mai-2021>. Gelungen

waren auch die zweiundzwanzig Videos der Bewerber für die genau zweiundzwanzig Plätze im neuen EAK-Bundesvorstand. Zwei Wochen hatten die stimmberechtigten Delegierten anschließend Zeit, um ihre ausgefüllten Briefwahlunterlagen auf dem Postweg an die Bundesgeschäftsstelle im Berliner Konrad-Adenauer-Haus zurückzusenden. Im Ergebnis erhielten alle Kandidatinnen und Kandidaten die erforderliche Zustimmung. Besonders herzlich gratuliere ich an dieser Stelle unserem vertrauten und neuen Bundesvorsitzenden Thomas Rachel.



Thomas Rachel wurde mit rund 97 Prozent der Stimmen im Amt des Bundesvorsitzenden wiedergewählt

**Unser Thüringer EAK-Landesverband ist, wie auch schon in den vergangenen Jahren, mit Johannes Selle als einem von sechzehn Beisitzern und mir als einer von fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden im Vorstand vertreten. Wir beiden Thüringer, Johannes und ich, bedanken uns ausdrücklich bei allen wahlberechtigten Delegierten für das hohe Vertrauen, welches uns per Briefwahlergebnis erreicht hat.**

Während für die Durchführung der Bundesdelegiertenkonferenz zwischen 70 und 80 Teilnehmern digital zu „managen“ waren, hatten sich für das anschließende Theologische Gespräch über 700 Interessierte angemeldet. Etwa 350 hatten sich

dann am 12. Mai von 17.30 Uhr bis 20.00 Uhr live ins Gespräch einge-  
 loggt. Mit Regionalbischöfin Dr.  
 Petra Bahr aus Hannover, dem  
 früheren Vorsitzenden des Deut-  
 schen Ethikrats und Professor für  
 Systematische Theologie Dr. Peter  
 Dabrock und dem langjährigen Vor-  
 sitzenden der CDU/CSU-Bundes-  
 tagsfraktion Volker Kauder ging es  
 am Bildschirm nicht weniger munter  
 zu als wir es wohl auch analog erlebt  
 hätten. **Auf der Basis der von der  
 EAK-Grundsatzkommission erar-  
 beiteten und vom Bundesvorstand  
 bestätigten Resolution „Das C als  
 Grundlage und Kompass unserer  
 Politik“ nahmen die Podiumsteil-  
 nehmer unter der Moderation von  
 Thomas Rachel das Verhältnis von  
 Staat und Kirche sowie Fragen der  
 Politikgestaltung auf der Basis  
 christlicher Verantwortung in den  
 Blick. Abgesehen von kleineren  
 Kontroversen in Detailfragen war  
 die Überzeugung von Professor Dr.  
 Dabrock, die er in Anlehnung an  
 eine Aussage des früheren Bundes-  
 präsidenten Richard von  
 Weizsäcker äußerte, unter den Dis-  
 kutanten wie im Auditorium  
 schnell einigungsfähig: Kirche solle  
 Politik ermöglichen, aber nicht  
 selbst machen.**

Bei diesem Grundtenor gab es selbst  
 unter Einbeziehung von Wortmel-  
 dungen der digital zugeschalteten

Teilnehmer wenig Anlass zur Gegen-  
 rede. Die Wertschätzung unseres  
 neuen CDU-Bundesvorsitzenden  
 und Kanzlerkandidaten der Unions-  
 parteien, Ministerpräsident Armin  
 Laschet, die dieser in seinem Gruß-  
 wort gegenüber dem Evangelischen  
 Arbeitskreis von CDU und CSU zum  
 Ausdruck brachte, hatte bereits  
 ebenso für gute Stimmung unter  
 den Teilnehmenden gesorgt wie  
 auch die wohlthuende geistliche Be-  
 sinnung des neuen Militärbischofs  
 der EKD und früheren EAK-Bundes-  
 geschäftsführers Dr. Bernhard Fel-  
 mberg.

Sicherlich bleibt bei all den drängen-  
 den Fragen des gesellschaftlichen,  
 politischen und kirchlichen Mitein-  
 anders in unserem Land festzuhal-  
 ten, dass ein solches Gespräch im-  
 mer nur ein Anstoß zu eigenem wei-  
 teren Nachdenken und zu mancher,  
 erst noch zu führender, notwendi-  
 ger Kontroverse sein kann. Zweifel-  
 los ist es aber, auch dank verbindli-  
 cher und zielorientierter Diskussi-  
 onsführung durch unseren Bundes-  
 vorsitzenden Thomas Rachel gelun-  
 gen, dass der Evangelische Arbeits-  
 kreis mit den in ihm versammelten  
 Christinnen und Christen als ver-  
 trauensvoller und ernsthafter Dia-  
 logpartner sowohl von kirchlicher  
 als auch politischer Seite wahrge-  
 nommen wird.

**Rückblickend bleibt mir von unse-  
 rer 53. EAK-Bundestagung unter all  
 den geschilderten Umständen vor  
 allem in Erinnerung, wie wir es als  
 Christinnen und Christen im Evan-  
 gelischen Arbeitskreis von Schles-  
 wig-Holstein, über Ostfriesland und  
 Hamburg bis auf die Schwäbische  
 Alb und ins Erzgebirge, von den  
 Metropolen des Ruhrgebiets über  
 Frankfurt, München und Berlin bis  
 in die Magdeburger Börde und in  
 die Kleinteiligkeit des Thüringer  
 Waldes geschafft haben, gemein-  
 sam digital mobil auf der Höhe un-  
 serer Zeit unterwegs zu sein und  
 uns dabei zugleich willensstark und  
 nachdrücklich zu unserer Herkunft  
 und unseren Wurzeln zu bekennen.**

**„Auf der Basis des C müssen wir als  
 Union für gesellschaftlichen Aus-  
 gleich, für Maß und Mitte und für  
 das Zusammenführen der unter-  
 schiedlichen gesellschaftlichen  
 Gruppen, Milieus und Akteure ein-  
 treten. Als Union sehen wir unsere  
 Aufgabe im Lösen der Probleme, im  
 Ausgleich der Interessen, in der  
 Versöhnung und im Bauen von Brü-  
 cken“, so fasste Thomas Rachel die-  
 ses, uns alle einende Selbstver-  
 ständnis zutreffend zusammen.**

## Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

**Vorsitzender:** *Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)*

**Stellvertreter:** *Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)*

**Beisitzer:** *Dr. Detlef Baer (Erfurt), Tillmann Bauer (Erfurt), Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Dr. Thomas Knoll (Erfurt) und Johannes Selle (Sondershausen)*



**EAK Thüringen auch im Internet:**

**[www.eak-thueringen.de](http://www.eak-thueringen.de)**

## Das "C" im Namen unserer Partei ist nicht bloß schmückendes Beiwerk

### Es steht für unsere Überzeugung und unsere Auffassung einer guten Gesellschaft.

von Christian Hirte, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender der CDU Thüringen



Christian Hirte

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

**das vergangene Pandemie-Jahr hat uns als Gesellschaft vor große Aufgaben gestellt und den Menschen mitunter viel abverlangt. Zu kaum einem anderen Zeitpunkt in der Geschichte unseres Landes wurde deutlich, wie sehr die Menschen einander brauchen. Den Einschränkungen und dem gleichzeitig hohen Maß an Disziplin in der Bevölkerung ist es zu verdanken, dass sich Deutschland, nach über einem Jahr der Entbehrungen, wieder auf einem guten Weg befindet.**

Doch auch mit Blick auf das vergangene Jahr wurde uns allen deutlich, wie schnell sich sowohl unsere Welt als auch unser Land verändern können. Welchen Weg wollen wir als Gesellschaft beschreiten und wohin kann dieser Weg führen? Zur Beantwortung dieser Frage bietet die CDU Deutschlands einen klaren Kompass.

**Das "C" im Namen unserer Partei ist nicht bloß schmückendes Beiwerk, sondern steht für unsere Überzeugung und unsere Auffassung einer guten Gesellschaft. Dieses Gesellschaftsmodell ist geprägt vom christlichen Menschenbild, dessen Wurzeln fest in unserer christlich-jüdisch-abendländischen Kultur verankert sind.** Gerade in Zeiten großer Veränderungen dient dieses Leitmotiv als Identifikations- und Orientierungsmerkmal. Als Volkspartei haben wir

den Anspruch, liberale, soziale und konservative Strömungen zu vereinen, da sie alle ihr Fundament in diesem christlichen Menschenbild gründen.

Die Ausgestaltung politischer Inhalte unterliegt dabei stets den Prinzipien eben dieser christlichen Gesellschaftslehre oder -ethik. Bereits im Grundgesetz haben wir die Verantwortung vor Gott und den Menschen festgeschrieben. Nach christlicher Überzeugung ist jeder Mensch in seiner Gottesebenbildlichkeit und Einzigartigkeit von Gott gewollt und angenommen. Unsere politische Aufgabe sollte es daher sein, diese Einzigartigkeit und die mit ihr verbundenen Talente zu fördern. Zu diesem Prinzip der Personalität kommt das Prinzip der Subsidiarität. Demnach begreifen wir es als Würde eines jeden Einzelnen, für sich zu entscheiden, was auch entschieden werden kann. **Eine staatliche Bevormundung, sei es in der Verwaltung, der Wirtschaft oder der Politik lehnen wir daher entschieden ab. Jedoch darf diese Individualität nicht zu einem "jeder für sich" führen. Der Mensch ist Teil einer Gemeinschaft und kann nicht losgelöst von ihr existieren. Der Einzelne trägt daher stets Verantwortung auch für die Gesellschaft. Auch in der Politik haben wir die Verpflichtung, dort eine helfende Hand auszustrecken, wo sie benötigt wird. Solidarität bedeutet schließlich, füreinander einzustehen und niemanden zurückzulassen.**

Es sind diese Werte, die uns als Partei seit jeher antreiben. Darüber hinaus bilden sie für uns die Leitplanken unseres politischen Handelns. Daher kann es nur eine deutliche Abgrenzung zu den politischen Rändern geben, sowohl links als auch rechts. Eine Partei wie die AfD, für die substanzielle Werte wie die Würde des Menschen oftmals zur Disposition stehen,

hat mit der CDU und unseren Prinzipien nichts gemein. Der Radikalisierungskurs dieser Partei und die offen völkisch-rassistischen Äußerungen ihrer Mitglieder machen deutlich, wie wenig der AfD an diesem Land und seiner Bevölkerung gelegen ist. Auf der anderen Seite findet sich mit der Partei Die Linke eine politische Kraft, welche noch immer von der Überwindung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse träumt. Wer unser Land, gerade in Anbetracht der sich verändernden geopolitischen Situation, aus der Westbindung und der NATO herauslösen will, wird für uns nie ein Partner sein.

**Als starke Kraft in der gesellschaftlichen Mitte hat sich die CDU seit jeher dem christlichen Menschenbild und dessen Prinzipien verpflichtet. Als Regierungspartei haben wir Verantwortung übernommen und den Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft stets mit den individuellen Freiheitsrechten abgewogen, geleitet von unseren Prinzipien und immer bedacht auf Maß und Mitte.** Nun gilt es für die Zukunft ein Angebot zu unterbreiten, welches für alle Menschen im Land funktionieren kann – ob Jung oder Alt, Ost oder West, Stadt oder Land. Der Unionsgedanke verpflichtet uns stets im großen Ganzen zu denken und nicht bloß Einzelinteressen zu bedienen.

**Auch wenn dies heute mühsamer und herausfordernder denn je scheint, wer, wenn nicht die CDU, soll diese Aufgabe meistern!? Wir sind bereit dazu.**

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

Christian Hirte MdB

# Ein Blick auf Israel in diesen Tagen

## Eine historische und theologische Einordnung

von Johannes Selle, Mitglied des Deutschen Bundestags und Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen

**Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern hält uns oft in Atem. In gewisser Weise ist Verlass darauf, dass die schrecklichen Nachrichten mit den dazugehörigen Bildern von Zeit zu Zeit übermittelt werden. Der Konflikt ist nicht lokal wie wir gerade in diesem Jahr 2021 auch in Deutschland zu spüren bekommen haben. Beklemmend, wie wir im eigenen Land nur vorsichtig israelfreundlich sein können. Noch beklemmender, erfahren zu müssen, dass sich jüdische Mitbürger nicht mehr frei fühlen, manchmal geradezu verfolgt werden.**

Der Konflikt ist auch deshalb nicht lokal, weil beginnend mit dem Beschluss des Völkerbundes in Sanremo 1920, bei dem Großbritannien bei der Aufteilung des osmanischen Reiches das Mandat für Palästina erhielt, bis zum UNO-Teilungsplan, der am 29. November 1947 beschlossen wurde und einen jüdischen und einen palästinensischen Staat vorsah, grundlegende Weichenstellungen und wegweisende Überlegungen nicht zu Ende gebracht wurden. Der Konflikt kann auch gar nicht lokal sein, denn wie aus dem Nichts besitzen die Raketen aus dem Gazastreifen plötzlich eine größere Reichweite und prasseln auf Jerusalem nieder. Inzwischen habe ich gelesen, dass ca. 4000 Raketen in kurzer Zeit mit dieser Reichweite auf Israel abgefeuert wurden. In Gaza haben wir es mit einer Mangelwirtschaft zu tun. Die notwendigsten Dienstleistungen für die Bevölkerung können nicht erbracht werden, weil Geld fehlt. Da muss es ausländische Hilfe gegeben haben für die Weiterentwicklung der Raketentechnik und für das zur Produktion erforderliche Material einer so großen Anzahl von Geschossen. Innerhalb von wenigen Tagen 4000 Raketen abzuschießen, könnte in diesem Zusammenhang ein Test des israelischen Schutzschirmes gewesen sein und wenn das zutrifft, dann bedeutet das weitere Aufrüstung.

Immer die gleichen abgegriffenen Appelle der Mäßigung und die halbherzigen Aufforderungen, den Konflikt zu lö-

sen, lassen nicht auf sich warten. In dieser konkreten Situation in diesem Jahr bin ich froh, dass die führenden Repräsentanten der CDU keinen Zweifel am Selbstverteidigungsrecht Israels gelassen haben.

**Bedauerlicherweise müssen wir für unser Miteinander in Deutschland feststellen, dass uninformiert Partei genommen wird für die eine oder andere Seite. Ich bin total verunsichert aus einem Gespräch zu diesem Thema gegangen, in dem eine gebildete Persönlichkeit mit Bezug zur Region die geschichtlichen Tatsachen nicht genau kannte.** Enttäuschend für mich die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der bei diesem andauernden Thema Generation für Generation die historischen Geschehnisse vermitteln müsste, die ja dann immer noch bewertet und kommentiert werden könnten.

Im UNO-Teilungsplan sollte über den endgültigen Status von Jerusalem nochmals verhandelt werden. Die arabische Welt stimmte damals dem Teilungsplan nicht zu. Am 14.5.1948 proklamierte Ben Gurion die Unabhängigkeit Israels. Schon am Morgen des 15.05.1948 griff eine Allianz arabischer Staaten Israel an. Israel wurde nicht besiegt, aber Jordanien eroberte Ostjerusalem und das Westjordanland. Unter jordanischer Herrschaft mussten Juden Ostjerusalem verlassen.

Im Juni 1967 kam es im sogenannten Sechs-Tage-Krieg zur Eroberung von Ostjerusalem, dem Westjordanland, dem Gazastreifen, der Sinai-Halbinsel

und der Golanhöhen durch Israel. Danach wurde das Gesetz in Israel beschlossen, dass Immobilien in Ostjerusalem, die vor 1948 Juden gehörten, zurückgegeben werden müssen.

1998 wurde in Israel beschlossen, den Tag der Eroberung Ostjerusalems zum nationalen Feiertag zu erklären. Dieser Tag ist beweglich und fiel 2021 auf den 10. Mai. Juden schmücken die ganze Stadt mit Flaggen, was die Palästinenser als Provokation empfinden. Am 10. Mai wurde auch das Urteil erwartet zu vier Immobilien in Sheikh Jarrah, die an Juden zurückzugeben seien, wie erwartet wurde. Der Fastenmonat Ramadan datierte vom 12. April bis 12. Mai 2021. Viele Palästinenser feierten das Fastenbrechen am Abend des Tages an einer langen Tafel vor einem der Häuser, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Aus dem Stadtviertel Sheikh Jarrah machten sich besonders viele Pilger zur Al-Aksa Moschee auf dem Tempelberg auf. Sehr viel Polizei war unterwegs, die den Zugang zum Tempelberg regulieren wollte. Die Spannungen in dieser Zeit waren mit Händen zu greifen. Am 10.05. begannen die schrecklichen Auseinandersetzungen, die wir erlebt haben.

Eine Zwei-Staaten-Lösung wird nun allseits gefordert, die dem UNO – Beschluss entspräche, die aber nicht rechtzeitig in Angriff genommen wurde. 1993 war die Welt begeistert von den ersten direkten Friedensgesprächen zwischen der PLO und Israel. Eine Zwei-Staaten-Lösung schien möglich und Yasser Arafat versprach, alle Artikel aus der



**Johannes Selle, Jahrgang 1956, ist Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 191, Kyffhäuserkreis-Landkreis Sömmerda-Weimarer Land I. Der studierte Diplom-Mathematiker arbeitete in der EDV bevor er von 1994 bis 1998 erstmals in den Bundestag gewählt wurde. Danach war er Leiter Vertragsmanagement bei der Mitteldeutschen Medienförderung in Leipzig. Neben seinen vielfältigen politischen Verpflichtungen in Berlin und seinem Wahlkreis ist der dreifache Familienvater kirchlich stark engagiert, beispielsweise in der evangelischen Allianz Deutschlands, als stellvertretender Gemeindegemeinderatsvorsitzender und Vorsitzender im Kirchförderverein St. Bonifatius in Großfurra.**

Nationalcharta der PLO entfernen zu lassen, die die Zerstörung Israels durch bewaffneten Kampf den Palästinensern zur Pflicht machten.

[Arafat, Rabin und Peres erhielten im Jahr darauf den Friedensnobelpreis für das gelungene Verhandlungsergebnis. Arafat hat das Versprechen nicht gehalten und die Charta der PLO ist bis heute voll von Artikeln, die das Existenzrecht Israels ablehnen und seine Zerstörung zum Ziel haben.](#)



Jerusalem: Hier ist der Konflikt täglich präsent

2016 wurden vom Mideast Freedom Forum Berlin Schulbücher im Gazastreifen analysiert. Das Ergebnis ist niederschmetternd, denn die Inhalte der PLO-Charta werden zum Lehrinhalt für die nachwachsenden Generationen. Tass Saada, geboren im Gazastreifen, Heckenschütze bei Arafats Kampfeinheiten Fatah, ausgewandert nach Amerika, Gründer der Hilfsorganisation Hoffnung für Ishmael, hat ein Buch geschrieben, „Once an Arafat man“. Darin beschreibt er, was er entdeckt hat, als er das erste Mal die Bibel las.

In den Kapiteln 15-17 der Genesis macht Gott einen Vertrag mit Abram,

nennt ihn Abraham. Er soll ein Vater vieler Völker werden, nicht nur einer Nation. Die Juden sind nur ein Volk dieser Nationen. Gott erneuert Abraham das Versprechen, ihm einen Sohn von seiner betagten Frau Sara zu geben, aber Abraham ist mit Ishmael, der Sohn von der ägyptischen Magd Hagar, ganz zufrieden und bittet Gott, Ishmael weiter zu segnen. Gott erhört Abraham und verspricht Ishmael zu segnen, ihm reiche Nachkommen zu schenken und ihn zu einer großen Nation zu machen.

Die Entdeckung des damaligen Moslems Saada war, dass der Gott Israels die Araber gar nicht verflucht, sie sind gar nicht der Abschaum der menschlichen Rasse. Das tut arabischen Lesern gut und das sollte auch in unserem Denken seinen Platz haben. Der besondere Plan Gottes mit dem auserwählten Volk löscht nicht die Versprechen aus Genesis 15 – 17. Darüber zu reden, stärkt das Selbstbewusstsein aller Gesprächsteilnehmer. Daraus gewinnt Saada die Erkenntnis, dass Juden in Israel leben, weil es Gott so will und er es ihnen versprochen hat. Daran wird man nichts ändern können, auch die zehnmal größere Bevölkerung der arabischen Nachbarn nicht.

In Hesekeel 47 entdeckt er bei der Verteilung des Landes die Anweisung Gottes „Und wenn ihr das Los werft, das Land unter euch zu teilen, so sollt ihr die Fremdlinge, die bei euch wohnen und Kinder unter euch zeugen, halten gleich wie die Einheimischen unter den Kindern Israel; und sie sollen auch ihr Teil im Lande haben, ein jeglicher unter seinem Stamm, dabei er wohnt, spricht der Herr.“

Das Heilige Land ist zum Segen gedacht für Juden und Nichtjuden.

Religion spielt in diesem Konflikt eine große Rolle. Der Autor Tass Saada ist inzwischen Christ geworden. Dieser Blick von Menschen, die beide Seiten kennen und Veränderungen wollen, muss stärker gehört werden. Für Tass Saada ist das Verständnis entscheidend, dass das Haus Ishmael ebenfalls einen gesegneten, göttlichen Weg geht, der zwar anders als des erwählten Volkes Israel ist, aber trotzdem gottgewollt. Wenn das so ist, ist der wahre Streitpunkt nicht Land, sondern die gegenseitige Ablehnung.

**Tass Saada wusste z. B. gar nicht, dass Jesus, der im Koran verehrt wird, Jude war. Allein daran lässt sich ermessen, welche Unkenntnis übereinander herrscht. Für den Islam ist es sehr viel akzeptabler davon zu sprechen, dass Jesus das Wort Gottes ist. Seine Botschaft ist Versöhnung und Vergebung. Bemerkenswerte Initiativen gibt es bereits z. B. mit dem Forum verwaister Eltern (Bereaved Family Forum), einer Gruppe israelischer und palästinensischer Familien, die ihre Kinder in diesem Konflikt verloren haben. Den Schmerz zu spüren, den die andere Seite empfindet und darüber zu reden, kann den notwendigen, politischen Dialog voranbringen.**

**Jesus ist das Wort Gottes und der Vermittler und Versöhner mit Gott. Das ist die Kernaussage des Johannes, dessen Gedenktag wir am 24. Juni begehen.**

## **Das Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel ist für jeden Demokraten unumstößlich und muss zum Fundament der Erklärung für Schutzsuchende in der Bundesrepublik gemacht werden**

*von Juri Goldstein, Stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender im Erfurter Stadtrat*

**Mit den Raketenangriffen der Hamas auf den Staat Israel im Mai gewann der seit Jahren schwelende Nahost-Konflikt erneut an Schärfe. Die Hamas hat damit erneut unumstritten unter Beweis gestellt, dass kein Wert auf die eigene Bevölkerung gelegt wird und am Frieden kein Interesse**

**besteht.** Doch was sich rund 3500 Kilometer südlich von Deutschland ereignet, wird in einer globalisierten Welt schnell und von der Mehrheit vor die eigene Haustür getragen. Auch hier kam es im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen im Nahen Osten zu Ausschreitungen, ein

akuter israelbezogener Judenhass zeigte sich auf den Straßen der Bundesrepublik, in Berlin und anderen Großstädten in einer bisher nie dagewesenen Intensität. Dabei spreche ich nicht von berechtigter Kritik am Staat Israel und der Politik dort. Eine kon-

strukture und objektive Auseinandersetzung muss erlaubt sein, obschon das merkbar vielen schwer fällt.



Juri Goldstein

**Als in der Nacht zum 14. Mai ein mutmaßlicher Brandanschlag auf eine israelische Flagge in Nordhausen verübt wurde, stand fest: Der Hass ist auch in Thüringen angekommen. Die Grenzen, die zunächst unerreichbar erschienen, sind überschritten worden. Konsequenzen – bundesweit – bisher Fehlanzeige.**

Was sich in einer Erhöhung der Schutzbedürftigkeit jüdischer Einrichtungen zeigte, war jedoch nur das Ergebnis eines Prozesses, der Experten schon seit mehr als fünf Jahren geläufig ist. Bereits nach den ersten „Pro-Palästina-Kundgebungen“ vor gut sechs Jahren habe ich vor Erstarkung des „Importierten Antisemitismus“ gewarnt und Konsequenzen gefordert. Insbesondere bei der Frage der Integration arabischstämmiger Geflüchteter hätte das Thema bereits damals stärker angegangen werden müssen. Aber auch hier hat sich die

Politik nur wenig dafür interessiert und man hat das Thema schnell „unter den Teppich“ gekehrt.

Der israelbezogene Antisemitismus ist ein Phänomen, das untrennbar mit der Existenz des Staates Israel und damit auch mit dem letzten und sicheren Rückzugsort für Juden aus aller Welt verbunden wird. Ein Angriff auf den Staat Israel gleicht damit auch immer einem Angriff auf alle Menschen jüdischen Glaubens. Aber – und das muss jedem bewusst sein – auch ein Angriff auf alle Menschen, die sich fest auf dem Boden der demokratischen Grundordnung verwurzelt sehen und Ihrer Geschichte und Moralgefühl verpflichtet sind.

Dennoch zählt die Ablehnung des Staates Israel und der Hass auf die Israelis und jüdische Bevölkerung in vielen Ländern muslimischer Prägung zur Staatsräson. Eine Haltung, die an Schulen und Universitäten, in politischen Diskussionen und auch sonst in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dieser Länder – und damit auch in den Köpfen der Einwohner – tief verankert ist. Dass wir diesen Antisemitismus durch den Zuzug von Menschen aus arabischen Ländern importieren und dieser dann unter Umständen mit dem in Deutschland historisch verankerten und von Radikalen geprägten Juden Hass zusammen trifft, ist nunmehr nicht selten bittere Realität und wird uns in der

**Zukunft mit Sicherheit viele Probleme bereiten.**

Dieser Realität ins Auge zu sehen, das ist eine Aufgabe, der wir uns gesamtgesellschaftlich stellen und die wir als CDU angehen müssen. Auch im Jahr 2021 gehört Antisemitismus noch immer zum Alltag von Juden in ganz Europa. Dass Rechte, Linke oder auch Islamisten ihn gleichermaßen bedienen und unter dem Deckmantel einer „Kritik am Staat Israel“ propagieren, ist eine Entwicklung, die man seit Jahren besorgt und konsequenzlos durch die Politik verfolgt. Den Worten folgen selten Taten. Dies muss endlich aufhören.

**Umso mehr sehe ich es als die Grundpflicht aller Mitglieder der Christlich Demokratischen Union, das Existenzrecht des Staates Israel zu verteidigen und sich dem Antisemitismus und dem Hass auch durch ein erweitertes Bildungsangebot entgegenzustellen. Dies betrifft insbesondere auch jene, die in Deutschland vor Krieg und Gewalt Schutz suchen. Ein solcher Schutz darf in meinen Augen nur dann gewährt werden, wenn demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien anerkannt werden. Dazu zählt auch die Existenz der einzigen Demokratie im Nahen Osten, der Staat Israel.**

### **Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen**

Landesgeschäftsstelle  
Friedrich-Ebert-Straße 63  
99096 Erfurt  
[www.eak-thueringen.de](http://www.eak-thueringen.de)  
Mail: [eak-thueringen1@online.de](mailto:eak-thueringen1@online.de)

#### **Verantwortliche dieser Ausgabe**

##### **Prof. Dr. Jens Goebel**

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen  
(Redaktion)

##### **Dr. Detlef Baer**

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen  
(Satz + Layout)

#### **Autoren dieser Ausgabe**

##### **Dr. Gregor Heidbrink**

Superintendent des Kirchenkreises Apolda-Buttstädt

##### **Prof. Dr. Martin Hein**

Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck von 2000 bis 2019

##### **Christian Hirte**

Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender der CDU Thüringen

##### **Prof. Dr. Jens Goebel**

Kultusminister a.D., Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

##### **Juri Goldstein**

Stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender im Erfurter Stadtrat

##### **Thomas Gottweiss**

MdL, Umwelt- und Energiepolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

##### **Christine Lieberknecht**

Stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Ministerpräsidentin a.D., Pfarrerin

##### **Johannes Selle**

Mitglied des Deutschen Bundestags und Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen

# Die Grenzen des Planeten

von Thomas Gottweiss MdL, Umwelt- und Energiepolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag



Thomas Gottweiss

**Der Mensch nimmt auf unserem Planeten eine besondere Stellung ein. Als einziges Lebewesen gelingt es uns, die Mechanismen der Natur zu erforschen und zu verstehen. So können wir uns vor den Kräften der Natur schützen und unser Umfeld nach unseren Vorstellungen gestalten. Ernährung, Kleidung, Gebäude, Wärme, Strom, Mobilität, Gewinnung von Bodenschätzen, maschinelle Produktionsprozesse, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Was nicht passt, wird passend gemacht. Wir verändern die Welt um uns herum so, dass wir einfacher überleben und bequemer leben können.**

Und damit ist die Menschheit bisher gut gefahren. Von einer Milliarde Menschen um 1800 sind wir auf drei Milliarden in 1960 und sieben Milliarden in 2011 gewachsen. Bis heute sind wieder knapp eine Milliarde Menschen dazu gekommen. Die WHO prognostiziert für 2100 etwa 11 Milliarden Menschen. Das bleibt nicht ohne Folgen. Gleichzeitig zum atemberaubenden Wachstum der Weltbevölkerung bekommen immer mehr Menschen Zugang zu Wohlstand und Technik. Das beschleunigt den Verbrauch von Ressourcen nochmals und erhöht den Einfluss, den die Menschheit als Ganzes auf unseren Planeten hat.

Herbert Gruhl, der damals CDU-Bundestagsabgeordneter war, hat 1975 das Buch „Ein Planet wird geplündert“ geschrieben. Darin heißt es: „Nicht nur der Mensch bestimmt den Fortgang der Geschichte, sondern die

Grenzen des Planeten“. Eine erste wissenschaftliche Weltklimakonferenz fand 1979 in Genf statt. Thematisiert wurde der zunehmende Verbrauch fossiler Brennstoffe und die Waldvernichtung. Die Wissenschaftler warnten vor dem massiven Anstieg der atmosphärischen CO<sub>2</sub>-Konzentration. Seitdem steht das Thema im Fokus der internationalen Wissenschaft. Immer mehr empirische Daten werden erhoben und ausgewertet. Prognosemodelle werden nicht nur erweitert und verbessert, sondern auch anhand der realen Entwicklung stetig überprüft.



**1992 schickte Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) seinen besten Mann nach Rio de Janeiro. Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) verhandelte auf der UN-Konferenz die Konventionen zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt sowie die Agenda 21. Dies war nur der Auftakt zum Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel.** 1997 erreichte Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU) den Durchbruch auf der UN-Klimakonferenz in Kyoto. Die teilnehmenden Industrieländer verpflichteten sich im Kyoto-Protokoll innerhalb von fünf Jahren ihren Treibhausgas-Ausstoß jährlich um fünf Prozent zu reduzieren. 2009 fand in Kopenhagen eine weitere entscheidende UN-Klimakonferenz unter Mitwirkung von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. In der Übereinkunft von Kopenhagen wird erstmals benannt, dass die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich verringert werden müssen, um die Erderwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius zu begrenzen. Gleichzeitig gab es die Selbstverpflichtung

einzelner Staaten. Diese Bemühungen waren die Grundlage für das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015, mit dem sich die internationale Staatengemeinschaft verbindlich auf das Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad geeinigt hatte. Auf europäischer Ebene wurden diese Ziele 2019 durch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) im Rahmen des European Green Deal in konkrete Pläne zur Treibhausgasreduktion überführt, die zur Klimaneutralität spätestens 2050 führen sollen.

**Es ist kein Zufall, dass es christdemokratische Politiker sind, die wesentliche Schritte zur internationalen Klimaschutzpolitik beitragen. Das christliche Menschenbild beinhaltet die globale Dimension. Die Würde des Menschen macht nicht an Landesgrenzen halt. Lebenschancen für die kommenden Generationen sind für wertebegleitete Politiker nicht verhandelbar. Und das christliche Menschenbild beinhaltet auch die besondere Verantwortung des Menschen für die Schöpfung Gottes, für die Artenvielfalt und Lebensräume weltweit. Als vernunftbegabtes Lebewesen haben wir die Möglichkeit, die Grenzen des Planeten zu erkennen und zu achten.**

Thomas Gottweiss, geboren 1979 in Apolda, Kommunikationswissenschaftler.

Seit 2004 Mitglied im Kreistag Weimarer Land für die CDU; seit 2009 Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt- und Naturschutz/Landwirtschaft. Von 2009 bis 2014 Berater und Referent für Social Media und Grundsatzfragen der Fraktion der CDU im Thüringer Landtag. Von 2014 bis 2019 Hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Ilmtal-Weinstraße.

Seit 2019 Mitglied im Thüringer Landtag für den Wahlkreis Weimar I – Weimarer Land II; Energiepolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.